

Unsere Anträge für die Landtagssitzung Juli 2017

www.linksfraktionmv.de



Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Mindestarbeitsbedingungen sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern – TVgG – MV) ([Drs.7/782](#))

Hintergrund: M-V sitzt nach wie vor im Lohnkeller fest. Die Tarifbindung ist auf einem unterirdischen Niveau. Es herrscht ein System, in dem der Staat sich Leistungen einkauft und die Beschäftigten so schlecht bezahlt, dass sie mit diesen Löhnen direkt in die Altersarmut marschieren. In keinem anderen Bundesland sind die Löhne so niedrig wie in M-V. Es müssen endlich alle Möglichkeiten genutzt werden, um das zu ändern. Deshalb müssen Gute Löhne endlich auch bei öffentlichen Aufträgen zur Pflicht werden. Außerdem darf nicht immer der „billigste“ Bieter den Zuschlag erhalten. Das Motto „Der Preis ist heiß.“ darf dabei nicht allein und bestimmend sein, sondern es müssen soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen berücksichtigt werden. Wir wollen, dass Unternehmen, die tarifgebunden sind, die gute Löhne zahlen, ausbilden und für ihren eigenen Nachwuchs sorgen, Menschen mit Behinderung beschäftigen, Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive geben und gute Arbeitsbedingungen geschaffen haben nicht hinten anstehen und den Kürzeren ziehen, sondern bei öffentlichen Aufträgen von der „Pole-Position“ aus starten.

Verantw. Helmut Holter

Aktionsplan gegen Kinderarmut umgehend auflegen ([Drs. 7/786](#))

Hintergrund: Jedes dritte Kind in M-V ist armutsgefährdet. Die Landesregierung hat das Thema nicht auf ihrer „To-Do-Liste“, damit wird die Situation von SPD und CDU einfach hingenommen. Das ist unverantwortlich. DIE LINKE hat deshalb umfassende Maßnahmen zusammengetragen, die in einem Aktionsplan gegen Kinderarmut gebündelt werden sollen. Die Forderungen sind: eine Kinderkarte im Wert von 50,-Euro monatlich für alle Kinder im Alter von 6-bis 16 Jahre, das Lohnniveau in Mecklenburg-Vorpommern deutlich steigern, Ausbau der sozialen Wohnraumförderung, Ganztagsplatzanspruch für die Hortbetreuung für alle Kinder, integrative Leistungen für Kinder mit Beeinträchtigungen in Krippen und im Hort, Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen bis zum 18. Lebensjahr, Erhöhung des Kindergeldes auf 328,- Euro als ersten Schritt in Richtung einer

Kindergrundsicherung, die Nichtanrechnung des Kindergeldes und des Unterhaltsvorschusses auf Transferleistungen u.v.m.
Verantw. Jacqueline Bernhardt

Rentenungerechtigkeit beseitigen ([Drs.7/787](#))

Hintergrund: Die Zahl der Menschen, die von ihrer gesetzlichen Rente nicht leben können, wächst rasant. Das ist ein Ergebnis von prekärer Beschäftigung und Niedriglöhnen, von Leiharbeit, dem Missbrauch von Werkverträgen und befristeter Beschäftigung, von unfreiwilliger Teilzeitarbeit, Minijobs und Langzeitarbeitslosigkeit. Auch ein Mindestlohn von 8,84 Euro schützt nicht vor Armut in Alter. Das sind unwürdige Zustände.

Wir fordern einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik. Nicht nur die Rentenberechnung ist unverzüglich anzugleichen. Wir wollen auch die zahlreichen anderen Ungerechtigkeiten bei der gesetzlichen Rente beseitigen. Wir fordern den Anstieg des Rentenniveaus auf mindestens 53 Prozent, eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro und die abschlagsfreie Rente mit dem 65. Lebensjahr.

Die gesetzliche Rente, die für die übergroße Mehrheit der Menschen unseres Landes die einzige Einkommensquelle im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit ist, muss vor Armut schützen und den ergänzenden Bezug von Leistungen der Grundsicherung entbehrlich machen. Deshalb wollen wir die Überführung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine solidarische Versicherung für alle Bürger, bei der alle Einkommen, bei stufenweiser Erhöhung der Bemessungsgrenze, beitragspflichtig sind.

Verantw. Torsten Koplín

„Fahrtkosten für Berufsschülerinnen und Berufsschüler in Mecklenburg-Vorpommern“ (Aussprache)

Hintergrund: Ausweislich einer kleinen Anfrage erhalten lediglich 0,7 Prozent aller Berufsschülerinnen und Berufsschüler in M-V einen Zuschuss zu Fahrt- und Unterkunftskosten. Die entsprechende Verwaltungsvorschrift ist so gestaltet, dass sie damit faktisch ins Leere läuft. Darüber hinaus ist nach jüngster Rechtsprechung, die auch auf die Verhältnisse in M-V anwendbar ist, die Gewährung von Zuschüssen zu Unterkunftskosten bei Besuch einer auswärtigen Berufsschule nicht ausreichend und muss voll übernommen werden.

Verantw. Simone Oldenburg

Abschiebungen nach Afghanistan bis auf weiteres aussetzen ([Drs.7/784](#))

Hintergrund: Abschiebungen nach Afghanistan sind unverantwortlich, ja, unmenschlich. Das Konsulat in Masar-e Scharif ist seit November 2016 zerstört und nicht mehr arbeitsfähig, die deutsche Botschaft in Kabul seit 31. Mai. Nach Angaben der Vereinten Nationen waren im Jahr 2016 in Afghanistan 660 000 Menschen auf der Flucht. In den ersten Monaten dieses Jahres sollen es bereits 450 000 Menschen sein. Bei den Kämpfen kamen im Jahr 2016 landesweit mehr als 11 000 Zivilisten ums Leben, ca. ein Drittel von ihnen waren Kinder. Nach Einschätzung des UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR können „sichere Gebiete“ in Afghanistan nicht pauschal identifiziert werden. Die SPD hat mit ihrem Wahlprogramm beschlossen „Da die Sicherheitslage in Afghanistan kein sicheres Leben zulässt, werden wir bis auf Weiteres keine Abschiebungen nach Afghanistan durchführen.“ Dies muss auch für M-V gelten und so genannte Kettenabschiebungen (über Drittländer) einschließen.
Verantw. Karen Larisch

Frieden schaffen ohne Waffen - Militarisierung stoppen ([Drs.7/785](#))

Hintergrund: Mit dem Antrag soll der Landtag die Friedensverpflichtung in Erinnerung rufen, die sich aus Artikel 18a Landesverfassung für alles staatliche Handeln ergibt. Der Landtag soll sich vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen gegen jedwede Militarisierung, gegen Rüstungsexporte sowie gegen eine Anhebung der Militärausgaben und für Dialog und Zusammenarbeit, insbesondere auch mit Rußland, aussprechen. Der Antrag fordert die Landesregierung schließlich auf, diese friedenspolitische Position des Landtages auf Landes- und Bundesebene als Richtlinie ihrer Regierungspolitik zugrunde zu legen.
Verantw. Peter Ritter

Sozialverbände besser prüfen und unterstützen ([Drs.7/77](#))

Hintergrund: Der Landesrechnungshof hat nur begrenzte Prüfrechte, es müsse mehr Transparenz bei den Wohlfahrtsverbänden hergestellt werden, die gleichzeitig durch die bürokratische und projektbezogene Förderpolitik des Landes vor immensen Bearbeitungs- und Finanzierungsproblemen stehen. Die Vorschläge reichen von Selbstverpflichtungen bis hin zu gesetzlichen Regelungen. Die Regierungsfractionen haben diese Vorschläge abgelehnt. Stattdessen wurde von den Koalitionären – ohne die Beratungen abzuwarten – im März auf Drs. 7/413 ein halbgewalkter Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes vorgelegt, der nicht einmal die Zustimmung der eigenen Ministerien fand, was umso verwunderlicher ist, da diese an der Erarbeitung der Gesetzentwürfe beteiligt gewesen sein dürften.
Verantw. Torsten Koplin

Initiativen zur Einführung der Ehe für alle unterstützen ([Drs.7/783](#))

Hintergrund: Der Bundestag hat am 30. Juni die Ehe für alle beschlossen, damit bekommen auch homosexuelle Paare zukünftig das Recht, die Ehe einzugehen. Bisher war für sie die eingetragene Lebenspartnerschaft vorgesehen, die durch jahrelange Rechtsangleichung in vielen Bereichen gleichgestellt war, jedoch z.B. im Adoptionsrecht nicht. Das Gesetz zur Ehe für alle ist noch nicht rechtskräftig. Am 7. Juli 2017 befasst sich der Bundesrat mit dem Gesetz, das der Bundestag kurzfristig beschlossen hat. Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene alle Initiativen zu unterstützen, die auf die Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts ausgerichtet sind.

Verantw. Peter Ritter